

Streit um Rostocker Flussbad: Schließung trifft Schwimfreunde hart

Im Streit um die Schließung des Rostocker Flussbads werfen Oberbürgermeisterin Kröger und WSW-Vorsitzender Richter gegenseitige Vorwürfe auf.

Die Schließung des Rostocker Flussbads hat weitreichende Konsequenzen für die Gemeinschaft und wirft Fragen hinsichtlich der Interessenvertretung in der Region auf. Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger (Linke) zeigt sich über die Probleme rund um das Flussbad besorgt und kritisiert die verantwortlichen Stellen scharf. Der Streit hat das öffentliche Schwimmen an einem beliebten Ort der Stadt unmöglich gemacht und dafür gesorgt, dass Bürger in ihrer Freizeitgestaltung eingeschränkt sind.

Hintergründe der Schließung

Die Schließung des Flussbads wurde durch den Verein Wassersport Warnow Rostock (WSW) unter der Führung von Uwe Richter initiiert. Dies geschah, als der kleine Angler- und Freizeitverein Warnowinsel eine private Badestelle genehmigt bekam. Richter sieht darin eine direkte Konkurrenz zur Einrichtung des WSW. „Das ist eine Konkurrenz für uns in unmittelbarer Sichtweite“, erklärt er und führt aus, dass durch die neue Badestelle die geplante Eröffnung eines Bootsverleihs gefährdet sei. Diese Auseinandersetzungen haben zu einem unbefristeten Streik des WSW geführt und somit zur Schließung des Flussbades.

Positionskampf zwischen WSW und

Anglerverein

Der Vorsitzende des Anglervereins, Sven Meißner, weist die Vorwürfe jedoch zurück und betont, dass die private Badestelle keinerlei Einfluss auf den Betrieb des Flussbads habe. „Nur rund 100 Quadratmeter ist die abgetrennte Wasserfläche groß“, argumentiert Meißner und erklärt, dass der Zugang zur Badestelle privat sei, wodurch die Konkurrenzsituation nicht nachvollziehbar sei. „Es ist deshalb Schwachsinn, dass wir eine Konkurrenz für das Flussbad sein sollen“, so Meißner weiter. Dieser Konflikt zeigt eine Spaltung innerhalb der Community und verdeutlicht die unterschiedlichen Interessen, die in dieser Situation aufeinanderprallen.

Einfluss auf die Bürger

Die Folgen dieser Schließung sind nicht nur für den Verein eine Tragödie, sondern auch für die gesamte Rostocker Bevölkerung, die in der wärmeren Jahreszeit einen Ort zum Schwimmen und Entspannen sucht. Kröger äußert Unverständnis über die mangelnde Beweglichkeit der involvierten Parteien und hebt hervor: „Die Hansestadt kann da nichts machen. Wir haben keine Handhabe.“ Der Mangel an öffentlichen Schwimmangeboten könnte in der kommenden Saison auch zu massiven Freizeiteinschränkungen führen, was den Erholungswert der Stadt einschränkt.

Kritik an den Entscheidungen

Der ehemalige Bootsverleiher Sven-Erik Muskulus liefert weitere Kritik am Vorgehen der WSW. Er verweist darauf, dass bereits im Jahr 2020 sein Pachtvertrag für den Bootsverleih nicht verlängert wurde mit der Begründung, das Gelände sei für Vereinszwecke gedacht. Muskulus glaubt, dass das Ziel des WSW von Anfang an war, einen eigenen Bootsverleih aufzubauen und sieht Parallelen zu den aktuellen Vorwürfen gegen den Anglerverein.

Insgesamt lässt die Situation rund um das Rostocker Flussbad aufhorchen. Der Konflikt zwischen den Vereinen und die Auswirkungen auf die Bevölkerung zeigen, wie wichtig es ist, gemeinschaftliche Lösungen zu finden, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht werden. Es bleibt abzuwarten, ob ein Dialog zwischen den Parteien stattfinden kann, um die Schließung des Flussbads aufzuheben und wieder öffentliches Schwimmen zu ermöglichen.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de